

**Landkreis Oldenburg  
Der Landrat  
Delmenhorster Straße 6  
27793 Wildeshausen**

**Kreistagsfraktion Bündnis 90/  
Die Grünen Landkreis Oldenburg**

**Eduard Hüesers**  
Fraktionsvorsitzender  
Hosüner Sand 2  
26197 Huntlosen  
Mobil: 0160-96206011  
[huesers@gruene-oldenburg-land.de](mailto:huesers@gruene-oldenburg-land.de)  
[www.gruene-oldenburg-land.de](http://www.gruene-oldenburg-land.de)

5. Dezember 2019

Sehr geehrter Herr Landrat,

die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragt die Herausnahme folgender Haushaltsmittel / Kosten für Personal aus dem Haushaltsplan 2020.

### **Antrag**

Herausnahme folgender Haushaltsmittel/Kosten für Personal aus dem Haushaltsplan 2020:

- 1. Straßenverkehrsamt: 1 Stelle der Entgeltgruppe 6 TVöD;** Zwangsumtausch der Führerscheine bis zum 19.1. 2033
- 2. Straßenverkehrsamt: 1 Stelle der Entgeltgruppe 6 TVöD;** Internetbasierte Kfz Zulassung; 65% Abwicklung übe das Internet und Kontrolle
- 3. Veterinäramt: 1 Planstelle der Besoldungsgruppe A 14 (Tierarzt/ärztin) und 1 Planstelle der Besoldungsgruppe A10 für eine Verwaltungskraft.**
- 4. Ko-Finanzierung des Fachkräftebündnisses mit je 25.000,- Euro in 2020 und 2021,** behandelt im SWA am 19.11. 2019

### **Begründung**

**Zu 1 und 2:** Der Zwangsumtausch soll in den nächsten 13 Jahren erfolgen. Schon seit einigen Jahren wird über die digitale Zukunft der öffentlichen Verwaltung geredet und Programme entwickelt. Seit 2004 gibt es die Niedersächsische eGovernment Strategie mit dem Umsetzungsschwerpunkt Verwaltungsmodernisierung und Einsatz moderner Informationstechnik. Im Herbst 2018 hat das Land Niedersachsen das Gesetz zur digitalen Verwaltung und Informationssicherheit (NDIG) vorgelegt. Das Gesetz soll dabei sowohl Behörden des Landes als auch die Kommunen dazu verpflichten, digitale Verwaltungsdienstleistungen anzubieten. Neben dem Onlineservice soll das NDIG auch die IT-Unterstützung der verwaltungsinternen Prozesse regeln und den Wechsel von der papierbezogenen auf die elektronische Aktenführung einleiten. Auch Online-Verfahren im Bereich *Führerschein* wurden in Niedersächsischen Landkreisen ausprobiert mit dem Ziel der Arbeitsoptimierung. Das Ziel der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen ist es auch, durch die Einführung der Digitalisierung die Arbeitsprozesse zu optimieren und Arbeitskosten zu senken. Um dieses Ziel zu erreichen, hat unsere Fraktion auch der Schaffung des Amtes 17 für Organisation und Digitalisierung ab dem Haushaltsjahr 2020 zugestimmt. Dieses Amt wird gestärkt ab 2020 die Arbeit aufnehmen.

**Bevor der Landkreis hier durch Stellen in anderen Ämtern weitere langfristig kostenintensive Fakten schafft, sollte das „erste Konzept“ des neuen Amtes zur Arbeitsoptimierung abgewartet werden. Danach kann über die geplanten Stellen neu beraten werden.**

**Zu 3 Veterinäramt:** Nicht ausreichend begründet werden die vier zusätzlich beantragten Stellen im Stellenplan 2020. Bei zwei Stellen wird auf die Umsetzung des Aktionsplanes „Schwänzekupieren bei Schweinen“ verwiesen. Auf diese Stellen kann verzichtet werden. Im BSBA am 12.11. wurde vorgeschlagen, dass ein Tierarzt und eine Verwaltungsstelle für die

Umsetzung des nationalen Aktionsplans bei Schweinen benötigt werden. Die Frage zur Kostenerstattung (Konnextität) wurde im Vorgespräch nicht beantwortet. Auch bei Kostenerstattung sind diese Ausgaben abzulehnen. Das Europarecht verbietet seit 25 Jahren (1994) das routinemäßige Kupieren der Schwänze. 2008 wurde in einer EU Richtlinie nochmals das Verbot bekräftigt und konkretisiert. „Bevor solche Eingriffe vorgenommen werden, sind andere Maßnahmen zu treffen, um Schwanzbeißen und andere Verhaltensstörungen zu verhindern. Die **Unterbringung und Bestandsdichte** müssen dabei berücksichtigt werden“. Aus diesem Grund müssen ungeeignete Unterbringungsmöglichkeiten oder Haltungsformen geändert werden.

**Nach Auffassung der Kreistagsfraktion sind diese Aussagen eindeutig und bedürfen nicht der Beratung durch einen Kreisveterinär. Die Schweinehalter brauchen, die Unterstützung einer/s Fachberater/in der Landwirtschaftskammer, die Beratung durch die Haustierärzte und Gelder vom Bund für den Umbau der Stallungen auf artgerechte Tierhaltung analog Neuland Richtlinien.**

In den Begründungen zum Aktionsplan (siehe LAVES Internetseite) wird nochmals ausgeführt, dass die Tiere nicht den Haltungssystem angepasst werden dürfen. Vorrangig müssen die Haltungsbedingungen geändert werden (Bundesdrucksache10/3158).

Laut LAVES sollen im ersten Teil des Aktionsplanes Maßnahmen zur Verbesserung der amtlichen Kontrollen umgesetzt werden. Nach Auskunft des Amtsleiters in den vergangenen Sitzungen entsprach bei den Tierhaltern alles der guten fachlichen Praxis und wenn zusätzlicher Bedarf entstehen sollte, kann das durch die bestehende Personalressource sowie durch die zusätzliche Tierarztstelle (plus Verwaltungskraft) abgedeckt werden.

Der zweite Teil des Aktionsplanes wird von unserer Fraktion mit allem Nachdruck abgelehnt, da hier unrechtes Handeln legalisiert werden soll. Laut LAVES hat der zweite Teil das Ziel, **Rechtsicherheit sowohl für die schweinehaltenden Betriebe als auch für die zuständigen Behörden zu schaffen, in dem aufgezeigt wird wie Betriebe nachvollziehbar darlegen können, warum das Kupieren auf ihrem Betrieb zurzeit unerlässlich ist** und welche Optimierungsmaßnahmen (z.B. Beschäftigung) eingeleitet wurden.

Nach Auffassung der grünen Kreistagsfraktion kann das nicht Ziel und Aufgabe der Kreisverwaltung sein, Bausteine zum Nichthandeln zu entwickeln. Hier sollte die Agrarministerin Gelder frei-geben, um die Ställe artgerecht umzubauen. Das hilft den Landwirten und baut Bürokratie ab.

**Auch wenn Bund oder Land diese Kosten übernehmen würden, lehnt unsere Fraktion diese zusätzlichen Stellen ab, da der Aktionsplan einen falschen Weg beschreibt.**

#### **Zu 4: Ko-Finanzierung des Fachkräftebündnisses.**

In der SWA Sitzung wurde die WLO gebeten, für diese Vorhaben zukünftige Projekte zu benennen. Im Protokoll des SWA (Anhang) sind jetzt nur die bereits begonnenen und abgeschlossenen Projekte aufgeführt. Eine Auflistung neuer Vorhaben, wie auch von Herrn KTM Schulze und dem Antragsteller gefordert, sind dem Protokoll nicht zu entnehmen. Auch wurde nicht verdeutlicht, welche Projekte für die WLO von besonderer strategischer Bedeutung sind. Sind es Klimaschutzprojekte oder der Imageaufbau für Pflegeberufe? Hier würde eine bessere Bezahlung schon für ein besseres Image und höhere Akzeptanz sorgen.

**Hier ist die Kreistagsfraktion der Grünen nicht grundsätzlich gegen die Unterstützung derartiger Projekte, bittet aber die WLO, bei konkreten Projekten einen Antrag vorzulegen.** Im Sinne eines verantwortungsvollen Umgangs mit Steuergeldern bittet die Fraktion der Grünen die Mittel erstmal aus dem Haushalt zu nehmen. Konkrete Anträge sollten wohlwollend beraten werden.

Für die Fraktion  
Eduard Hüasers